

Telefon: 0 233-40860  
Telefax: 0 233-40686

**Sozialreferat**  
Amt für Wohnen und Migration  
Abteilung Migration, Integration,  
Teilhabe  
S-III-MI/BBQ

**Gemeinsames Positionspapier der ARGE Freie  
München und der Landeshauptstadt München:  
Zuwanderung aus Südost-Europa neu gestalten.  
Existenzielle Notlagen verhindern,  
Leistungsausschlüsse abbauen.**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03019**

4 Anlagen

**Beschluss des Sozialausschusses vom 24.06.2021 (SB)**  
Öffentliche Sitzung

**Kurzübersicht**  
zur beiliegenden Beschlussvorlage

<b>Anlass</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Gemeinsame Positionierung der ARGE Freie und der Landeshauptstadt München zum Themenfeld Zuwanderung aus Südosteuropa</li></ul>
<b>Inhalt</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Positionspapier zum Themenfeld EU-Zuwanderung unter Berücksichtigung der Handlungsfelder Gesundheit, Arbeit/Lebensunterhalt/Sozialhilfe, Aufenthaltsrecht, Bildung, Kinder/Jugend, Wohnen/Wohnungslosigkeit</li></ul>
<b>Gesamtkosten/ Gesamterlöse</b>	-/-
<b>Entscheidungsvorschlag</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dem Positionspapier der Landeshauptstadt München und der ARGE Freie München wird zugestimmt.</li></ul>
<b>Gesucht werden kann im RIS auch unter:</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• EU-Zuwanderung</li></ul>
<b>Ortsangabe</b>	-/-

Telefon: 0 233-40860  
Telefax: 0 233-40686

**Sozialreferat**  
Amt für Wohnen und Migration  
Abteilung Migration, Integration,  
Teilhabe  
S-III-MI/BBQ

**Gemeinsames Positionspapier der ARGE Freie  
München und der Landeshauptstadt München:  
Zuwanderung aus Südost-Europa neu gestalten.  
Existenzielle Notlagen verhindern,  
Leistungsausschlüsse abbauen.**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03019**

4 Anlagen

**Beschluss des Sozialausschusses vom 24.06.2021 (SB)**  
Öffentliche Sitzung

## **I. Vortrag der Referentin**

Die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München und das Sozialreferat der Landeshauptstadt München haben sich geeinigt, gemeinsam ein Positionspapier zum Thema „Zuwanderung aus Südosteuropa“ zu erstellen. In einem komplexen Prozess haben das Sozialreferat, das Gesundheitsreferat, das Kreisverwaltungsreferat, das Referat für Bildung und Sport sowie das Referat für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam mit Vertreter\*innen der Wohlfahrtsverbände Forderungen erarbeitet, die sich an Land, Bund und EU richten (vgl. Anlage 1).

Hintergrund ist die extrem prekäre Situation mancher Zuwanderer\*innen aus Südosteuropa. Grund für die Zuspitzung der Situation sind u. a. bundesstaatliche Gesetze, die in den letzten Jahren immer weiter verschärft wurden. Insbesondere sind Bürger\*innen aus Staaten betroffen, die das Europäische Fürsorgeabkommen nicht ratifiziert haben. Ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ohne Sozialleistungsansprüche besteht kein Krankenversicherungsschutz und kein Zugang zu medizinischer Versorgung. Konsequenzen sind unter anderem Obdachlosigkeit, prekäre Wohnverhältnisse, zum Teil auch Erwerbstätigkeit unter ausbeuterischen Bedingungen. In den letzten Jahren hat die Landeshauptstadt München in Kooperation mit den freien Trägern erhebliche Anstrengungen unternommen, um im Rahmen freiwilliger Leistungen die brisante Lebenslage der Menschen zu entschärfen.

Mit dem Positionspapier (vgl. Anlage 1) werden an die verantwortlichen Stellen Empfehlungen gerichtet, wie die Problemlagen durch Gesetzesänderungen strukturell beseitigt werden können.

Zusammengefasst hier einige der Kernforderungen:

Im Handlungsfeld „Gesundheit“ formuliert das Papier Vorschläge für Gesetzesänderungen, die zur Folge hätten, dass Ausschlüsse aus der Krankenversicherung vermieden werden können. Zugleich werden Ausgleichszahlungen an die Kommunen für Aufwendungen in der Krankenversorgung gefordert sowie die Refinanzierung von Beratungsstellen für Menschen ohne Krankenversicherung.

Im Handlungsfeld „Arbeit, Lebensunterhalt, Sozialhilfe“ werden u. a. Konkretisierungen des § 23 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) -Sozialhilfe- gefordert. In existenziellen Lebenslagen sollte das Gesetz eine temporäre Sozialhilfe ermöglichen und mindestens eine längere Übernahme medizinischer Leistungen ermöglichen.

Im Handlungsfeld „Aufenthaltsrecht“, wird die Herabsetzung des Status des sog. Daueraufenthaltes von fünf auf drei Jahre als sinnvoll erachtet.

Im Handlungsfeld „Bildung“ wird u. a. empfohlen, einen kostenfreien Zugang mit Rechtsanspruch zu Integrationskursen auch für EU-Bürger\*innen und ihre Familienangehörigen zu schaffen.

Im Handlungsfeld „Kinder, Jugend“ wird angeregt, dass im Sozialgesetzbuch (SGB) Achstes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - eine kinderrechtskonforme Formulierung geschaffen wird, die klarstellt, dass auch von Sozialleistungsausschluss betroffene Familien Zugang zu Jugendhilfeleistungen haben, soweit die Hilfen geeignet und notwendig sind.

Im Handlungsfeld „Wohnen, Wohnungslosigkeit“ wird u. a. gefordert, dass in Bayern wieder ein Wohnungsaufsichtsgesetz eingeführt wird, um als Kommune bei Missständen und prekärem Wohnen handlungsfähiger zu werden.

Ziel des Positionspapiers ist ein Anstoß zur Diskussion auf bayerischer, nationaler und nach Möglichkeit auch europäischer Ebene.

Hierfür wird es durch das Sozialreferat an die relevanten Bundes- und Landesministerien versandt, im Bayerischen Städtetag und Deutschen Städtetag sowie bei Eurocities und in andere relevante Gremien und Strukturen eingebracht.

### **Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

### **Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen**

Die Beschlussvorlage ist mit dem Gesundheitsreferat, dem Kreisverwaltungsreferat, der Gleichstellungsstelle für Frauen, dem Migrationsbeirat, der Stelle für interkulturelle Arbeit und dem Referat für Bildung und Sport abgestimmt.

Die Stellungnahmen der Gleichstellungsstelle für Frauen und des Kreisverwaltungsreferats sind der Beschlussvorlage als Anlage 2 und 3 beigelegt.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hat der Beschlussvorlage nicht zugestimmt, vgl. hierzu Anlage 4. Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Zu 1.: Bei der Beschlussvorlage handelt es sich um ein Positionspapier. Finanzielle Kosten für Kommunen sind nicht bezifferbar, da sie von der konkreten Gestaltung etwaiger Gesetzesänderungen abhängig wären. Direkte finanzielle Auswirkungen gibt es mit der Verabschiedung des Positionspapiers für die Landeshauptstadt München nicht.

Zu 2.: Wie in der Beschlussvorlage erläutert, profitiert die Landeshauptstadt München grundsätzlich von der EU-Zuwanderung und den Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU. Der Fachkräftemangel wäre ohne EU-Zuwanderung nicht zu bewältigen, weshalb auch die Landeshauptstadt München gezielt um ausländische Fachkräfte wirbt.

Zu 3.: Die Landeshauptstadt München beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit den in dieser Vorlage skizzierten Problematiken.

Eine Analyse erfolgte unter anderem im Runden Tisch Armutszuwanderung und den resultierenden Beschlussvorlagen (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09498 Runder Tisch Armutszuwanderung aus EU-Ländern, Südosteuropa, Sozialausschuss 09.11.2017 und Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 13716, Runder Tisch Armutszuwanderung aus EU-Ländern, Südosteuropa, Vollversammlung 19.02.2014). Zur Eruiierung der Lage erfolgte 2017 eine Informationsreise in rumänische Herkunftsstädte, an der auch einige Stadtratsmitglieder teilnahmen. Fortlaufend findet ein Monitoring über die referatsübergreifende AG „EU Zuwanderer in prekären Lebenslagen“ statt, die mit Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09498 eingerichtet wurde. Kommunale Maßnahmen sind in der vorliegenden Beschlussvorlage beschrieben.

Das Positionspapier ist Ergebnis der Feststellung, dass nicht alle Herausforderungen zufriedenstellend auf kommunaler Ebene zu lösen sind und hier andere Akteur\*innen Abhilfe verschaffen könnten.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Schreyer, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Gökmenoglu, dem Gesundheitsreferat, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Kreisverwaltungsreferat, der Gleichstellungsstelle für Frauen, der Stelle für interkulturelle Arbeit, dem Referat für Bildung und Sport und dem Migrationsbeirat ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag der Referentin**

1. Dem Positionspapier der Landeshauptstadt München und der ARGE Freie München wird zugestimmt.
2. Das Sozialreferat wird beauftragt, das Positionspapier an relevante Bundes- und Landesministerien zu senden und es im Bayerischen und Deutschen Städtetag, Eurocities und in andere relevante Gremien und Strukturen einzubringen.
3. Es würde begrüßt werden, wenn die Wohlfahrtsverbände das Positionspapier der Landeshauptstadt München und der ARGE Freie München in ihre bundesweiten Gremien einbringen.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III. Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl  
Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy  
Berufsm. Stadträtin

## **IV. Abdruck von I. mit III.**

über D-II-V/SP

**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**

**an die Stadtkämmerei**

**an das Revisionsamt**

z. K.

**V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

**2. An das Sozialreferat, Stadtjugendamt**

**An das Gesundheitsreferat**

**An das Referat für Bildung und Sport**

**An das Referat für Arbeit und Wirtschaft**

**An das Kreisverwaltungsreferat**

**An die Gleichstellungsstelle für Frauen**

**An das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit**

**An den Migrationsbeirat**

z. K.

Am

I.A.